

Pressemitteilung

Die Energiewende braucht endlich einen ganzheitlichen Behandlungsplan statt Symptombekämpfung und ideologische Fehltherapien!

**Warnung an die Koalitionsverhandlungen: Schluss mit dem „Weiter so“!
Initiative Zukunft Wirtschaft (IZW) fordert einen Paradigmenwechsel in der Energie- und Klimapolitik: „Rationalität statt Ideologie“**

Memmingen, 13. März 2025

In den anstehenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD deutet sich ein „Weiter so“ bei der Energiewende an. Vermutlich mit noch mehr Schulden-Milliarden sollen weitere Subventionen die Utopie einer billigen und sicheren Energieversorgung durch ausschließlich Erneuerbare Energien im Ziel aufrechterhalten.

„Deutschlands Energiekonzept gleicht einem Krebspatienten, dem Vitaminpräparate (Subventionen) zur Heilung verabreicht werden – die Symptome verschlimmern sich, während die Ärzte weiter auf dieselbe Therapie setzen, ohne den Heilungsverlauf kritisch zu hinterfragen“, sagt Andrea Thoma-Böck, die Präsidentin und Initiatorin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW). Die IZW stellt sich mit einer scharfen, aber berechtigten Kritik an die Spitze der Debatte: „Wir brauchen keinen weiteren unkontrollierten Griff in den Medikamentenschrank, sondern einen radikalen Paradigmenwechsel, sprich eine vernünftige Diagnose und eine neue Behandlungsmethode“.

Die Diagnose ist existenzbedrohend: Energiekosten und insbesondere Strompreise steigen trotz Zubau von Erneuerbaren Energien auf Höchstwerte im Vergleich zu anderen Industrienationen. Weitere hunderte Milliarden Euro an Investitionen sind erforderlich, nur um die Versorgungssicherheit mittels Erneuerbarer Energien zu gewährleisten. Regulierungswut, Konzeptlosigkeit und staatlicher Dirigismus mit ausufernder Subventionspolitik fördern Fehlentwicklungen und erzeugen Mehrkosten. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sinkt und bewirkt Deindustrialisierung und Abwanderung.

Die bisherige Energie- und Klimapolitik ist angstgetrieben, utopisch und ineffizient. Wir setzen auf Vernunft, Realitätssinn und Effizienz mit Ergebniskontrolle. Es ist Zeit für eine rationale Energiepolitik, die dem Klima wirklich nützt.

Die IZW nennt fünf Therapieansätze, die sich fundamental vom Status quo abheben:

1. Realismus statt Utopie: Wir brauchen Maßnahmen, die umsetzbar, gesellschaftlich akzeptabel und wirtschaftlich tragfähig sind. Neutrale Fachkompetenz ohne Lobbyismus und Aktionismus

2. Global statt national: Deutschland kann das Klima auch weiterhin nicht allein retten. Unsere Mittel müssen dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich größtmögliche Wirkung entfalten.

3. Vernunft statt Angst: Statt Panikmache braucht es durchdachte effiziente Lösungen, die wirtschaftliche Stärke, Wohlstand und Klimaschutz in Einklang bringen.

4. Ergebnisorientierung statt Ideologie: Einführen einer systemischen Programmplanung für eine sektorübergreifende Energiewende. Maßnahmen müssen sich am messbaren Erfolg orientieren, nicht an Glaubenssätzen.

5. Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft: Nur eine gesunde Wirtschaft ist die Grundlage für effektiven Klimaschutz. Weg mit marktverzerrenden Subventionen. Eine todkranke Wirtschaft hilft niemanden – weder den Menschen hier noch dem Klima.

Die IZW fordert eine Neuausrichtung der Energiewende, die von nachweislich unabhängigen Fachexperten gestaltet werden muss – nicht von Lobbyisten oder politischen Aktivisten. Bisherige Mängel wie fehlendes Verständnis, unzureichende Strategien im Umgang mit Komplexität, Marktwirtschaft und Management müssen dringend behoben werden. Es braucht endlich einen ganzheitlichen Plan.

Eine konkrete Aufzählung von 10 Erste-Hilfe-Maßnahmen zur Stabilisierung der Strompreise und Anpassung der Energiewende im Hinblick auf Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz finden Sie auf der IZW Website: <https://www.zukunft-wirtschaft.de/presse>

„Eine Klimapolitik, die gegen die Bedürfnisse der Menschen gerichtet ist, ist wie eine Chemotherapie, die den Patienten tötet, um den Tumor zu besiegen“, warnt Thoma-Böck. „Unser Ansatz ist ganzheitlich und chirurgisch präzise: Wir entfernen ineffiziente Dogmen und transplantieren globale Lösungen.“

Über die **Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW)**

Die Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. versteht sich als **bundesweite Initiative**, welche sich für eine zukunftssichere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik engagiert und für den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland einsetzt.

Der Mittelstand mit seinen über drei Millionen Unternehmen ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Allerdings leidet er unter massiv schlechteren Rahmenbedingungen, die die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland bereits ernsthaft schädigen. Deshalb hat sich Ende November 2023 die **Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW)** gegründet. Die IZW versteht sich als überparteiliche, branchenübergreifende Aktions-Plattform (www.zukunft-wirtschaft.de).

Für IZW arbeitet ein Team von Experten aus den verschiedenen Disziplinen des Energiemarktes, die nicht nur Kritik üben, sondern auch konstruktiv Lösungen vorschlagen.

Die IZW will einen konstruktiven Dialog mit der Politik und der Bevölkerung – für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Und sie will ihn JETZT!

Aufklärung über die entglittenen Rahmenbedingungen ist dabei ein entscheidender Faktor, um die Öffentlichkeit besser zu informieren und den unaufschiebbaren Handlungsdruck auf die politischen Entscheider zu erhöhen. Die realen Auswirkungen der aktuellen Politik dürfen nicht länger verschwiegen oder beschönigt werden.

Pressekontakt:

Andrea Thoma-Böck, Präsidentin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW)

E-Mail: presse@zukunft-wirtschaft.de

Weitere Information und Bildmaterial unter www.zukunft-wirtschaft.de/presse

Memmingen, 24.03.2025

Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e.V. (IZW)

10 Erste-Hilfe-Maßnahmen

zur Stabilisierung der Strompreise und Anpassung der Energiewende im Hinblick auf Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz

1. Einsetzen eines von der Politik nachgewiesenermaßen unabhängigen Expertengremiums mit öffentlicher Berichtspflicht, welches eine systemische Programmplanung einer sektorübergreifenden Energiewende (Stromversorgung, Wärmeversorgung, Mobilität) unter Berücksichtigung
 - der Aufrechterhaltung der bisherigen sehr hohen Versorgungssicherheit
 - der Wirksamkeit und Kosten/Nutzen-Balance der Maßnahmen
 - einer Gesamtkostenkalkulation inkl. volkswirtschaftlicher Belastungen
 - der Finanzierbarkeit und des Ausbaus einer Wasserstoffwirtschaft mit Zielgrößen im Verbund mit Erdgas und synthetisch hergestellten Gasen/Stoffenerarbeitet und für die Regierung sowie parallel auch für die Öffentlichkeit halbjährlich Zustandsanalysen und Empfehlungen für Korrekturmaßnahmen abgibt (Plan-Do-Check-Act - Prozess).
2. Begrenzen der staatlichen Förderung der Stromerzeugung und -verteilung auf rein netz- und systemdienliche Investitionen (z.B. regionale Energiezellen) mit der Anforderung, dass diese Anlagensysteme für eine definierte Zeit gesichert Strom liefern können. Streichen der Einspeisevergütung für neue PV-Anlagen.
3. Das Energieeffizienzgesetz sollte reformiert werden, mit Focus auf Effizienzsteigerung statt Verbrauchsvorgaben. Notwendig sind marktwirtschaftliche, regulative und steuerliche Anreize sowie eine Unternehmenssteuerreform, die Investitionen in erneuerbare Energien unter systemdienlichen Auflagen sowie dezentrale funktionale Einheiten „Energiezellen“ begünstigt, sowie realistische Übergangsfristen, um wirtschaftliche Belastungen zu vermeiden.
4. Reduzieren von Steuern und Abgaben der Stromversorgung auf EU-weit zulässige Mindestwerte (z. B. Stromsteuer) und Revision der Netzentgeltfestlegung
5. Senken der Strompreise für Verbraucher über Ersatz des Merit-Order-Systems im Day-Ahead-Handel hin durch "Pay-as-bid"-Verfahren wie heute bereits im

kontinuierlichen Intraday-Handel oder im Ausgleichsenergiemarkt erfolgreich eingeführt.

6. Ausschreiben einer ersten Charge von Gaskraftwerken im On-Demand-Betrieb mit einer elektrischen Leistung von mindestens 20 GW und mit leistungsbezogener Abschreibungsmöglichkeit.
7. Erschließen und Fördern der norddeutschen Gasvorkommen mit umweltschonenden Extraktionsverfahren
8. Zulassen der Carbon Capture Utilization & Storage (CCUS)-Technologie für Kohle- und Gaskraftwerke und Ermöglichung einer längeren Laufzeit von Kohlekraftwerken als Reservekraftwerke (jenseits von 2038)
9. Erstellen einer Analyse und eines Konzepts durch politisch unabhängige Institute zur möglichen erneuten Nutzung von Kernenergie in Deutschland mittels Gen III+ Kernkraftwerken inkl. einer Bewertung von Gen IV / SMR – Konzepten, Entscheidung über Kernkraftnutzung in Deutschland bis 2029.
10. Hinwirken der Bundesregierung auf Änderung des THG-Emissionshandelssystems ETS II der EU (wirksam ab 2027), dass den CO₂-Preis für energieintensive Unternehmen begrenzt und die Verknappung der Zertifikate abhängig von der wirtschaftlichen Stärke, gesellschaftlicher Akzeptanz und Belastbarkeit der EU-Länder gestaltet wird.

Autoren:

IZW-Team EnergieTransformation: <https://www.zukunft-wirtschaft.de/presse>